Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Dresden

Vollversammlung Jusos Dresden

13. Dezember 2019 – 16 Uhr

Beschlussbuch 19-2

Inhaltsverzeichnis

1 Arbeitsprogramm 3

2 Die Würde(?) des Pfandes 6

3 Schluss mit ABCD-Waffen: Ächtung von Digitalwaffen. 7

4 Gesundheit in die Schule 8

5 Schüler:innen aller Schulen vereinigt euch! 9

6 Mehr Kombinationen von Schulfächern beim Lehramtsstudium ermöglichen 11

7 Notendiktatur stoppen – Für unabhängige Kontrollen! 12

8 Auch Reiche dürfen Beiträge zahlen! 13

9 Alle mitnehmen beim Ferienkarussel 14

10 01000001 01101110 01110100 01110010 11000011 10100100 01100111 01100101 00100000 01100100 01101001 01100111 01101001 01110100 01100001 01101100 01101001 01110011 01101001 01100101 01110010 01100101 01101110 15

11 Jetzt ist's vorbei, mit CO2 16

12 Gemeinsam besser Wohnen **21**

13 Die Zukunft der SPD-internen Abstimmungen: Wir müssen mehr Zugriffsschutz wagen. **22**

14 Ende des MusiklehrerInnenprekariats – Honorarverträge untersagen, gute Bezahlung ermöglichen **25**

15 Don't stop believing **26**

16 Digital Monsters **27**

1 Arbeitsprogramm

Die Jusos Dresden mögen beschließen:

Nach einem Jahr, in dem die SPD in Dresden drei Wahlen bestritten hat und wir drei mal bittere Niederlagen einfahren mussten, steht für uns Jusos fest: Wir müssen etwas ändern. Die verringerte Anzahl an Mandaten hat große Auswirkungen auf unsere Strukturen in ganz Sachsen, die auch für uns bemerkbar sein werden. Eine der spürbarsten Veränderungen wird der Umzug in ein neues Büro, welcher 2020 ansteht. Damit verbunden sind aber auch neue Möglichkeiten der politischen Arbeit, die wir so durchführen können und sollten.

Raus auf die Straßen!

Die desaströsen Wahlergebnisse, die die SPD in den letzten Jahren einfahren musste, konnten zu großen Teilen auf zwei Gründe zurückgeführt werden: Die Menschen wissen nicht, wofür diese Partei steht und wenn doch, dann fehlt das Vertrauen in die Partei.
Diese Probleme werden wir nicht durch neue, tolle Konzepte und gute Sacharbeit lösen, wir müssen uns unsere Glaubwürdigkeit wieder zurück erkämpfen.
Deshalb wollen wir im Alltag präsent sein, Gesprächsangebote schaffen und dabei zeigen wofür wir stehen bzw. was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist. Dies darf nicht nur in den Monaten vor einer Wahl stattfinden, sondern muss ein ständiges Angebot darstellen, insbesondere wollen wir solche Veranstaltungen mit Mandatsträger*innen organisieren. Mit unserem neuen Büro können wir hierfür eine angemessene Räumlichkeit schaffen. Darüber hinaus wollen wir mit eigenen Angeboten in der Öffentlichkeit präsentieren. Dazu zählen Gesprächsangebote im öffentlichen Raum, die Teilnahme an Straßen- oder Stadtteilfesten sowie die aktive Unterstützung von Demonstrationen und öffentlichem Protest in unserem Sinne.

Meckern reicht uns nicht!

Aus Dresdner Perspektive kann die SPD viel mitbestimmen, ob auf kommunaler Ebene oder (voraussichtlich) im Landtag. Die Chance sollten wir nutzen, um inhaltlich zu arbeiten und so unsere Vorstellungen in reale Politik zu verwandeln. Wir möchten dafür Arbeitskreise zu unseren Schwerpunktthemen in der SPD gründen bzw. Jusos motivieren in diesen mitzuwirken, um die Gestaltung neuer Konzepte zu ermöglichen. In Workshops können diese Konzepte vorgestellt und diskutiert werden. Dieser Prozess soll gern in Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Verbänden stattfinden.
Wir wollen außerdem genauer herausarbeiten, was Sozialismus für uns bedeutet. Konzepte, wie eine sozialistische Zukunft in Deutschland aussehen könnte, möchten wir stärker nach außen tragen und somit der negativen, historischen Konnotation entgegenwirken.

Feminismus geht uns alle an!

Wir sind nach wie vor zu männlich dominiert. Das passt nicht zu unserem Anspruch eines feministischen Verbandes. Um das zu ändern wollen wir Feminismus stärker in unseren Fokus rücken, Frauen in unseren Strukturen aktiv fördern und für unsere Arbeit gewinnen. Wir möchten häufiger Veranstaltungen rund um die verschiedenen Aspekte des Feminismus abhalten. Awareness-Workshops sollen uns für gewisse Themen sensibilisieren und darauf aufmerksam machen, was man(n) im Alltag machen kann, um unserem Anspruch gerecht zu werden. Insbesondere wollen wir diese Awareness auch in die Partei und die Fraktionen tragen, die unserer Ansicht nach etwas Nachhilfe auf diesem Gebiet nötig hat.
Um mehr Frauen* für die Arbeit bei den Jusos zu begeistern, wollen wir in der Außenwirkung verstärkt unsere feministischen Positionen vermitteln und durch die oben beschriebene Sensibilisierung eine Atmosphäre schaffen, in denen sich Frauen* gern bei uns einbringen. Fempowerment-Abende sollen zur Vernetzung und Stärkung unserer weiblichen Mitglieder beitragen.

Freundschaft? Mehr als nur ein Gruß!

Politische Arbeit soll Spaß machen, dafür wollen wir auch die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Das gilt für neue wie alte Mitglieder gleichermaßen. Gerade neue Jusos finden sich in den teils komplexen Partei- und Verbandsstrukturen nur schwer zurecht: ein niedrigschwelliges Angebot für Neu-Jusos und die schnelle Integration auf persönlicher Ebene soll den Einstieg in die Parteiarbeit erleichtern.
Ein neues Büro wird zentraler Bestandteil der innerverbandlichen Vernetzung. Wir wollen uns aktiv in die Ausgestaltung einer sozialdemokratischen Präsenz in der Neustadt einbringen. Wir stellen uns ein solches Büro als öffentlich wahrnehmbaren Ort der Qualifizierung, Zusammenarbeit und des Zusammenlebens vor. Im Weiteren werden wir Juso-Wochenenden und Projekttage inhaltlich ausbauen und häufiger stattfinden lassen, um ein besseres Kennenlernen und eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Als politischer Jugendverband wollen wir natürlich besonders gern mit jungen Leuten in Kontakt kommen, denkbar wären hierfür Veranstaltungen an (Hoch-)Schulen, die Förderung der JSAG und JHG Dresden als eigenständige Entitäten wollen wir dabei forcieren.

Das gilt genauso für die Kooperation mit anderen Unterbezirken mit denen mehr gemeinsame Aktionen stattfinden sollen. Insbesondere die strukturell schwächeren, ländlichen Unterbezirke um Dresden verdienen unsere Solidarität. Außerdem wollen wir Möglichkeiten schaffen, uns mit Stadtverbänden aus anderen Landesverbänden auszutauschen. Hierbei stehen insbesondere Tradi-Verbände im Vordergrund.
Im Sinne unserer internationalistischen Tradition ist außerdem eine Zusammenarbeit mit ausländischen sozialdemokratischen und sozialistischen Jugendverbänden denkbar, besonders naheliegend sind hier natürlich polnische und tschechische Gruppierungen.

Ein Traum in Rot-Rot-Grün!

Nachdem die RRG Mehrheit im Stadtrat ins Wanken geraten ist und auf Landesebene in weite Ferne gerückt ist, wollen wir in den kommenden Monaten die Möglichkeit einer solchen Koalition in der Öffentlichkeit präsentieren.
Dazu wollen wir insbesondere mit der Linksjugend Solid und der Grünen Jugend zusammenarbeiten. Dies soll sowohl auf inhaltlicher Ebene passieren – so möchten wir gemeinsame Projekte wie die die Schaffung eines Jugendparlaments in Dresden vorantreiben – als auch auf persönlicher-vernetzender Ebene.

Siamo tutti Antifascisti!

Der Dresdner Stadtrat hat zu Beginn seiner Legislatur endlich offiziell anerkannt, dass unsere Stadt ein Problem mit rechtsradikalen und rechtsextremen Strukturen hat. Wir wollen daher unser antifaschistisches Engagement weiter verstärken. Dafür benötigen wir Verbündete. Wir möchten verstärkt dabei helfen, dass Gegendemonstrationen gegen Pegida und andere rechtsextreme Veranstaltungen stattfinden – für eine nazifreie Stadt! Dabei wollen wir Bündnisse mit anderen politischen Jugendorganisationen, antirassistischen Initiativen und insbesondere auch migrantischen Verbänden schmieden. Eine antirassistische Grundhaltung zeigt man insbesondere durch Diversität in den eigenen Reihen. Deshalb werden wir das kommende Jahr nutzen um insbesondere um People of Color zu werben und die Jusos dahingehend offener zu gestalten.

Kommunikation ist nicht alles, aber ohne Kommunikation ist alles nichts!

Ein Schlüssel für eine bessere Arbeit muss unsere Kommunikation darstellen – nach Innen und Außen. Neben bewährten Mitteln wie gedruckten Infomaterial, Postkarten und Stickern ist besonders das Internet die wichtigste Kommunikationsplattform. Dafür wollen wir unsere Website überarbeiten, ihr ein modernes Erscheinungsbild geben und sie regelmäßig mit aktuellen Inhalten ausstatten. Neben unserer Website sind vor allem unsere Social-Media-Kanäle besonders relevant, um viele Menschen innerhalb und außerhalb der Jusos zu erreichen. Hierfür wollen wir den Gesamtauftritt auf den verschiedenen Plattformen besser aufeinander abstimmen und aktiver unsere Positionen vermitteln. Den Weg der stärkeren Verlagerung von Kommunikation in Messenger durch Gruppen und Channel werden wir weiter fortsetzen.
Zusätzlich zur Präsentation unserer politischen Arbeit wollen wir insbesondere die Dresdner Kommunalpolitik sowie Standpunkte zu tagesaktuellen Themen wieder stärker in den Fokus rücken und aufarbeiten. Diese sachlichen Themen sollen beispielsweise durch Memes aufgelockert werden und durch Vorstellungen von Dokumentationen und Büchern ergänzt werden. Besonders soll dabei auf eine leichte Verständlichkeit geachtet werden.
Neue Formen der Kommunikation werden im Gesamtkonzept eine Rolle spielen. So sind Videoformate oder Podcasts denkbar. Hierbei wollen wir auch versuchen interessante Gäste mitwirken zu lassen und gemeinsam unsere Positionen zu vermitteln.

2 Die Würde(?) des Pfandes

Die Jusos Dresden mögen beschließen und an die Stadtbezirksbeiräte sowie über die Mitgliedervollversammlung der SPD Dresden an die SPD-Fraktion im Stadtrat weiterleiten:

Wir Jusos Dresden setzen uns dafür ein, dass mehr Pfandablagemöglichkeiten wie z.B. Pfandringe für Flaschen und Dosen unter anderem an Mülleimern in Dresden angebracht werden. Es soll sich dabei um hochwertiges Material handeln, da sichergestellt werden muss, dass die Ablagemöglichkeiten nicht leicht zu Bruch gehen. Der Stadtrat soll einen Prüfauftrag an die Verwaltung senden, um festzustellen unter welchen Bedingungen Pfandablagemöglichkeiten angebracht werden können ohne Fuß/Rad/Bahnverkehr zu beeinflussen bzw. behindern.

Nach besagtem Prüfauftrag soll es Bürger:innendialoge geben, um in einem regen Austausch zu entscheiden wo genau diese Ablagemöglichkeiten angebracht werden sollen und wo nicht.

Darüber hinaus versprechen wir, dass jegliches Pfand, dass sich bei Jusos Veranstaltungen ansammelt, wenn möglich gespendet wird. An wen diese Spende geht, wählen die wahlberechtigten Jusos alle zwei Jahre bei der WahlvollVersammlung.

Begründung

Im Sommer an der Elbe noch ein Bier trinken oder auf dem Weg in die Uni noch eine Mate – und weil man die leere Flasche nicht gern nach Hause oder zum nächsten Supermarkt mitnehmen will, landet sie im oder besser am nächsten Mülleimer.

Landen die Flaschen nicht wieder im Pfandsystem sondern im Müll, ist das nicht nachhaltig und arme Menschen werden für ein paar Cent zum unwürdigen Griff in den Mülleimer gedrängt.

Dass Pfandsammeln für einige Menschen notwendig ist um über die Runden zu kommen, ist selbstverständlich ein Armutszeugnis unseres Sozialsystems und wir sollten nicht so tun, als ob wir ansatzweise Probleme dieser Menschen lösen, wenn wir Pfand nicht in den Mülleimer schmeißen, sondern daneben stellen.

Trotzdem erleichtern Pfandringe die Rückfuhr der Flaschen ins Pfandsystem und erinnern daran, dass Pfand nicht in Mülleimer gehören und sind daher ökologisch sinnvoll.

3 Schluss mit ABCD-Waffen: Ächtung von Digitalwaffen.

Die Jusos Dresden mögen beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen sowie den Bundeskongress der Jusos sowie die Mitgliedervollversammlung der SPD Dresden, den Landesparteitag der SPD Sachsen, den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Nie wieder Krieg durch Deutschland. Das gilt auch im Internet. Daher lehnen wir den Einsatz von digitalen Angriffswaffen konsequent, absolut und ohne Ausnahme ab. Digitale Angriffswaffen sind im Sinne einer Zusatzvereinbarung zum Genfer Protokoll weltweit zu ächten.

Der Einsatz und das Vorhalten digitaler Waffen durch staatliche wie private Institutionen muss strengstens untersagt und geahndet werden.

Digitale Angriffswaffen unterliegen im Vergleich zu bislang bekannten Kriegswaffen im Besonderen dem Risiko der Proliferation – der unbeabsichtigten Weitergabe an Dritte. So geschehen bei der Schadsoftware Wannacry, da digitale Angriffswerkzeuge ohne großen Aufwand vervielfältig werden können.

Defensive IT-Sicherheitsstrategie

Im digitalen Raum ist es erstmals theoretisch möglich, über rein defensive Maßnahmen vollständige Sicherheit für alle zu erzeugen. Jegliche digitale Angriffswerkzeuge gefährden im Gegensatz dazu immer die IT-Sicherheit für alle, da diese immer auf bewusst nicht geschlossenen Sicherheitslücken in IT-Systemen basieren, anstatt diese zu schließen. Wir fordern daher eine konsequente defensive IT-Strategie, die zum Ziel hat Sicherheitslücken zu schließen, die Bevölkerung im IT-Bereich zu qualifizieren und alle digitalen Geräte konsequent zu schützen.

Im gleichen Zug müssen staatliche Allmachtsfantasien von Kryptografie-Verboten, staatliche Backdoors oder Rückangriffe über HackBacks dringend unterbunden werden. Es ist nicht möglich, dass solche Werkzeuge existieren, ohne dass zusätzliche Angriffsvektoren für böswillige Absichten existieren. Diese können damit niemals Teil einer defensiven IT-Sicherheitsstrategie sein.

Abgrenzung zum „Hacken“

Von der Herstellung und dem Einsatz digitaler Waffen ist das bewusste oder unbewusste Auffinden bzw. „erhacken“ von sicherheitsrelevanten Lücken in IT-Systemen abzugrenzen. Verbunden mit einer Meldepflicht für gefundene Sicherheitslücken ist dies ein Dienst im Sinne der Zivilcourage und muss fester Bestandteil einer defenisven IT-Sicherheitsstrategie sein. Dies zieht eine entsprechende Anpassung des „Hacker-Paragraphen“ §202c StGB nach sich.

4 Gesundheit in die Schule

Die Jusos Dresden möge beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen an den Landesparteitag der SPD Sachsen sowie an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:

Das Thema Gesundheit soll im Fach Sachkunde und Biologie möglichst ab der ersten Klasse behandelt werden und als wichtige Grundlage in jedem Schuljahr wiederholt werden. Gesundheit soll auch in weiteren Fächern (beispielsweise Sportunterricht) theoretisch sowie bei Möglichkeit auch praktisch behandelt werden.

5 Schüler:innen aller Schulen vereinigt euch!

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:

Die Landtagsfraktion der SPD setzt sich für die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten an jeglichen sächsischen Schulen ein. Hierfür wird auch die Änderung bestehender Gesetze und Verordnungen in Betracht gezogen. Folgende Punkte sind konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Schüler:innenmitwirkung:

- In der Schulkonferenz müssen die Mitglieder mindestens zur Hälfte Schüler:innen sein und der stellvertretende Vorsitz wird durch den:die Schüler:innensprecher:in ausgeübt. Im Weiteren muss sichergestellt sein, dass alle Statusgruppen geschlechterparitätisch zusammengesetzt sind. Die Größe der Schulkonferenz wird durch die Geschäftsordnung der Schulkonferenz festgelegt, es müssen ihr jedoch mindestens vier Schüler:innen angehören,
- Einführen der „Schulpetition“: Zu Angelegenheiten des Zusammenlebens an der Schule dürfen alle Mitglieder der Schulgemeinschaft (Lehrkräfte, Eltern, Schüler*innen und Angestellte der Schule) eine Unterschriftensammlung starten, die innerhalb eines Jahres mindestens 50% der Unterschriften aller Mitglieder der Schulgemeinschaft aufbringen muss. Die Schulleitung muss für die Umsetzung der erfolgreichen „Schulpetitionen" sorgen,
- aktive Einbindung der Kreisschüler:innenräte und Stadtschüler:innenräte in die Kommunalpolitik, beispielsweise durch Beiräte. In Kommunen mit aktiven Jugendparlamenten erfolgt eine Einbindung der Kreis-/Stadtschüler:innenräte in das bestehende Jugendparlament/den zugehörigen Jugendbeirat,
- verpflichtende Freihaltung des Stundenplans für Angelegenheiten und Veranstaltungen der Schüler:innenvertretung, Verpflichtung der Schulleitung zur Unterstützung der Schüler:innenvertretung, bspw. durch die Ermutigung zur Teilnahme der Schüler:innen an der Schüler:innenvertretung oder entsprechende demokratiefördernde Angebote in Form von regelmäßigen Workshops,
- Förderung des politischen Engagements der Schüler:innen durch Lehrer:innen. Hierfür sollen zukünftig Lehrer:innen differenziert ihre politischen Meinungen zur Diskussion im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht (Deutsch, GRW/Gemeinschaftskunde, Geographie, ...) bereitstellen können,
- geschlechtergerechte Sprache für alle Begriffe im Rahmen der Schüler:innenvertretung (Beispiel: Schüler:innenrat),
- Im Sprachgebrauch soll in Zukunft der:die Vertrauenslehrer:in Schüler:innenratsberater:in heißen und der:die Beratungslehrer:in Vertrauenslehrer:in,
- zukünftig sollen alle Klassen und Kurse zwei gleichberechtigte, (wenn möglich Änderung der Antragsstellerin) quotiert besetzte Klassen-/Kurssprecher*innen wählen.

Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen entwickelt die Landtagsfraktion weitere Konzepte zur Stärkung der Schüler:innenrechte.

6 Mehr Kombinationen von Schulfächern beim Lehramtsstudium ermöglichen

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:

Die momentane Einteilung der Fächer in zwei Fächergruppen im Lehramtsstudium in Sachsen für Gymnasium und Oberschule soll wie folgt überarbeitet werden:

- FG 1 (Oberschule): Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik/Philosophie, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung, Geschichte, Informatik, Kunst, Mathematik, Musik, Physik, Sorbisch, Sport, Geografie
- FG 1 (Gymnasium): Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik/Philosophie, Französisch, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Geschichte, Informatik, Kunst, Latein, Mathematik, Musik, Physik, Sorbisch, Spanisch, Sport, Geografie
- FG 2 (Oberschule): Evangelische Religion, Französisch, Polnisch, Russisch, Spanisch, Tschechisch, Katholische Religion
- FG 2 (Gymnasium): Evangelische Religion, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Russisch, Tschechisch, Katholische Religion

Die Einteilung in Fächergruppe 1 und Fächergruppe 2 bleibt somit erhalten. Doch Unterrichtsfächer, die an jeder Schule dieser beiden Schularten unterrichtet werden (ausgenommen Sorbisch), können somit beliebig kombiniert werden.

Begründung

Wer sich für ein Lehramtsstudium für eine weiterführende Schule entscheidet, der*die strebt an, Fächer zu unterrichten, für die man sich und die Schüler*innen begeistern kann. Doch durch eine eingeschränkte Kombinationsmöglichkeiten der Studienfächer schrecken einige vor einem Lehramtsstudium in Sachsen zurück, da sie nicht die Fächer unterrichten dürfen, die ihnen am besten liegen. Um den Lehrkräftemangel in Sachsen zu bekämpfen, ist es wichtig, dass jungen Menschen der Wille zum Lehramtsstudium nicht dadurch genommen wird, dass sie nicht die Fächer im Studium kombinieren können, die ihnen liegen. In anderen Bundesländern gibt es teilweise eine freiere Kombination von Studienfächern, sodass einige Studiumsanwärter*innen Sachsen verlassen, um in einem anderen Bundesland zu studieren und später auch anstrebt zu unterrichten.

7 Notendiktatur stoppen – Für unabhängige Kontrollen!

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:

Die SPD-Fraktion setzt sich bis zur Abschaffung der Schulnoten dafür ein, dass Schüler:innen an allen sächsischen Schulen das Recht besitzen, schriftliche Leistungsfeststellungen nach der ersten Korrektur durch der unterrichtenden Lehrkraft von einer zweiten zufällig ausgewählten Lehrkraft von einer anderen Schule und ohne Kenntnis der Note des gleichen Fachs korrigieren zu lassen. Bei einer Differenz in der Bewertung müssen die beiden Lehrkräfte in Kontakt miteinander treten, um einen Kompromiss in der Bewertung zu erarbeiten. Eine Zweitkorrektur darf nicht zur Verschlechterung der Bewertung der Erstkorrektur führen. Bis zur Abschaffung der Schulnoten fordern wir im Weiteren ein generelles Remonstrationsrecht für Schüler:innen gegen die Notenvergabe in der Sekundarstufe II.

Begründung

Bei der Bewertung von Leistungsfeststellungen kommt es zu oft dazu, dass verschiedene Lehrkräfte sich im Bewertungsmaßstab stark unterscheiden und vom durchschnittlichen Maßstab abweichen. Es kann nicht sein, dass sich einerseits die Leistungen eines*einer Schüler*in beim Wechsel der Lehrkraft sehr absinken und andererseits sich zwischen zwei verschiedenen Klassen/Kursen mit verschiedenen Lehrkräften stark unterscheiden. Deshalb ist es in solchen besonderen Fällen notwendig, dass Schüler*innen eine Zweitkorrektur anfordern können, um vergewissern zu lassen, ob die Leistungen gerechtfertigt sind oder nicht.

8 Auch Reiche dürfen Beiträge zahlen!

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen an den Juso-Bundeskongress und den Landesparteitag der SPD Sachsen sowie den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Wir werden die Beitragsbemessungsgrenzen in der Krankenversicherung abschaffen. Zeitgleich werden wir das bisherige Zwei-Klassen-System der Krankenversicherungen abschaffen und durch eine einheitliche und allgemein verbindliche Bürger*innenversicherung ersetzen.

Der individuell zu leistende Beitrag soll sich somit künftig aus allen persönlichen Einkünften berechnen: Dazu gehören insbesondere auch Einkünfte aus (nebenberuflich) selbstständiger Tätigkeit sowie Kapitalerträge.

Begründung

Durch die Beitragsbemessungsgrenzen sinkt der Anteil der Sozialabgaben am Bruttoeinkommen mit dessen Zunahme. Dadurch gilt „mehr Netto vom Brutto" für allem für Reiche, das Ergebnis ist der „Mittelstandsbauch". Das widerspricht unserer Vorstellung eines solidarischen Sozialstaats.

Durch die breitere Einbeziehung aller Einkünfte wird der Beitragssatz für die Krankenversicherung drastisch sinken. Insbesondere Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen werden dadurch deutlich entlastet.

9 Alle mitnehmen beim Ferienkarussel

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, den Parteitag des SPD-Unterbezirks Dresden und den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen sich in der Abstimmung zwischen den Bundesländern dafür einsetzt, dass auch Bayern und Baden-Württemberg in das System der rotierenden Schulferien aufgenommen werden, um Hochschulmitarbeiter:innen zu ermöglichen, häufiger mit ihren Kindern Sommerferien zu verbringen.

Begründung

Derzeit gibt es fünf verschiedene Zeitfenster für die Sommerferien der Schulen. Das fünfte ist aus historischen Gründen den Ländern Bayrern und Baden-Württemberg fest vorbehalten, während die anderen 14 Bundesländer durch die anderen vier Termine rotieren. Wenn die Schulferien sehr früh liegen, wie etwa 2024 wieder, überschneiden sich die vorlesungsfreie Zeit und die Schulferien nur um zwei Wochen. Das macht es sehr schwer für Hochschulmitarbeiter:innen, die Sommerferien im gemeinsamen Familienurlaub zu verbringen.

10 01000001 01101110 01110100 01110010 11000011 10100100 01100111 01100101 00100000 01100100 01101001 01100111 01101001 01110100 01100001 01101100 01101001 01110011 01101001 01100101 01110010 01100101 01101110

(Anträge digitaliseren)

Antragsteller: Moritz Zeidler

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Parteitag des SPD-Unterbezirks Dresden an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

Um die Nachhaltigkeit der Antragsberatungen zu gewährleisten und um es allen Interessierten zu ermöglichen, sich einen Überblick über die Beschlusslage der Gliederungen der SPD Sachsen zu verschaffen, soll eine zentrale Antragsdatenbank eingerichtet werden, in der alle ab dem 1.1.2010 beschlossenen Anträge der Gliederungen der SPD Sachsen nach Schlagworten durchsucht und nach Kriterien gefiltert werden können.

Begründung:

Aktuell haben nur sehr wenige Parteimitglieder, die schon seit langer Zeit sehr engagiert sind, einen Überblick über die Gesamtbeschlusslage der Partei. Das schafft Machthierarchien, die wir, um die Partei inklusiver zu machen und für Nicht-Mitglieder zu öffnen, abschaffen möchten. Daher sollte es ohne Probleme möglich sein, nachzusehen, welche Gliederung der Partei zu welchem Thema welche Positionen beschlossen haben.

11 Jetzt ist's vorbei, mit CO2

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über den Parteitag des SPD-Unterbezirks Dresden an die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat weiterleiten:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Um dem zu begegnen muss die Emission von Treibhausgasen reduziert werden. Das Ziel muss sein eine CO2-Neutralität herzustellen.

Dresden hat sich 1994 mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis europäischer Städte dazu verpflichtet, weniger Treibhausgase auszustoßen. Seit 2000 stagniert jedoch das Emissionsniveau, so wurden 2010 rund 30% mehr Treibhausgase emittiert, als sich Dresden selbst zum Ziel gesetzt hat. Es sind daher erhebliche Einsparmaßnahmen notwendig.

Strom und Wärme

Die Strom- und Wärmeerzeugung in Dresden sind die zwei Sektoren mit den höchsten CO2-Emissionen. Es muss sowohl der Ausstoß reduziert ,als auch die Nutzung der Energie effizienter gestaltet werden. Um dieses Ziel zu erreichen muss schnellstmöglich der Wandel von fossilen Energieträgern zu nachhaltiger Energieerzeugung stattfinden. Die Stromerzeugung muss komplett klimaneutral erfolgen. Hierbei soll sich die Stadt dafür einsetzen, dass Dresden weiterhin Spitzenforschung im Bereich der erneuerbaren Energien und außerdem der Energiespeicherung betreibt.

Dabei muss die dezentrale Erzeugung von Strom und Wärme durch Sonnenenergie eine wichtige Rolle spielen. Weitere Dächer von öffentlichen Gebäuden müssen daher für die Erzeugung von Solarstrom von der Stadt selbst genutzt oder zur Pachtung für Energiegenossenschaften oder privaten Betreiber:innen von Solaranlagen freigegeben werden. Bei Neubauten von städtischen Gebäuden müssen Photovoltaik- und Solarthermieanlage mitgeplant werden. Für private Eigentümer:innen soll die DREWAG Informationen über verschiedene Möglichkeiten und Finanzierungsangeboten bereitstellen.

Potential für die Reduktion von Treibhausgase ergeben sich auch in der Wärmeerzeugung und -nutzung. Ein Programm zur energetischen Sanierung von öffentliche Gebäude soll aufgelegt werden, wobei mit den Gebäuden begonnen werden soll, die den höchsten Wärmeverbrauch- bzw. verlust haben.

Mittels Fernwärme kann eine klimafreundliche Wärmeversorgung sichergestellt werden. Daher muss das Fern- bzw. Nahwärmenetz mit Nachdruck ausgebaut und weitere Gebäude daran angeschlossen werden. Neue Gebäude sollen - je nach Möglichkeit - verpflichtend an das bestehende Fernwärmenetz angeschlossen werden, außer es kann eine CO2-ärmere Wärmeerzeugung nachgewiesen werden. Um die Emissionen des Fernwärmenetzes weiter zu senken, soll für die Wärmeerzeugung vor allem weitere KWK-Anlagen, aber auch Abwärme von Industrieanlagen und insbesondere erneuerbare Energien, wie Solarthermie, Biogas und Geothermie, verwendet werden.

Bereits bei der Planung von neuen Gebäuden soll auf die Energieeffizienz geachtet werden. Für größere Bauvorhaben soll ein Energiekonzept notwendig werden. Die Stadt soll mit der Festsetzung der Bebauungsplänen Einfluss auf eine möglichst energiesparende und solaroptimierte Bauweise nehmen. Je nach Verwendungszweck sind Passivhäuser bzw. Niedrigenergiehäuser besonders zu berücksichtigen. Auch beim Verkauf großer Grundstücke sollte die Stadt einen Mindestnutzungsanteil von erneuerbaren Energien vorschreiben.

Stadtnatur, Grünflächen und innovative Begrünungskonzepte

Parks, Wiesen und Wälder sind die grüne Lunge von Städten. Sie regulieren urbane Temperaturen, schaffen zirkulierende Wärmeströme, sammeln Regenwasser, verbessern die Luftqualität und binden atmosphärische Treibhausgase. Dresdens Quartiere sind vielfältig strukturiert und beinhalten teils große Grünflächen einerseits, sind andererseits aber auch stark verdichtet. Daher brauchen wir ein intelligentes Stadtteilentwicklungskonzept, das den unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung trägt. Wir fordern deswegen:

- den Erhalt von Grünflächen
- die Schaffung von neuen Grünflächen an geeigneten Flächen mit Neupflanzung und Parkerweiterung, aber durchaus auch mit vielen kleineren, untereinander verbundenen grünen Inseln in Stadt
- die verstärkte Begrünung von Dächern, Fassaden und anderen geeigneten Objekten (Haltestellen, Transformatorenhäuschen, . . .)

Einen Gestaltungsgrundsatz muss dabei der Erhalt biologischer Vielfalt bilden: naturnahe, insektenfreundliche Gestaltung mit Verhinderung von Pestizideinsatz und der Einsatz von Pflanzen, die gut an die neuen klimatischen Bedingungen angepasst sind. Grundsätzlich müssen versiegelte Flächen standortnah kompensiert werden, um das Quartier aufzuwerten und die Lebensqualität zu steigern.

Dass auch Gebäudebegrünungen einen großen Beitrag zur Regulierung des Stadtklimas leisten und gleichzeitig zur Senkung der Energiekosten beitragen, ist wissenschaftlich bestätigt [z.B. im Gutachten über quartiersorientierte Unterstützungsansätze von Fassadenbegrünungen für das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKUNLV) NRW, 2016]. Wir fordern daher, dass öffentliche Gebäude hinsichtlich ihrer Eignung zur Dach- und Fassadenbegrünung überprüft und sofern möglich saniert werden sollen. Bei Neubauten muss ein Begrünungskonzept von Gebäudeflächen eingeschlossen werden. Gebäudebegrünungskonzepte müssen zudem fester Bestandteil von Bebauungsplänen werden. Das Umweltamt als kommunale Behörde soll hier private und öffentliche Bauvorhaben diesbezüglich beraten. Die fachliche und personelle Leistungsfähigkeit der Behörde muss dabei sichergestellt sein. Die wissenschaftliche und konzeptionelle Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden wird angestrebt. Ein Programm zur Förderung von Investitionen in Gebäudebegrünung soll aufgelegt werden.

Verkehr

In Dresden werden 39% aller Wege mit dem Pkw zurückgelegt. 25% der Dresdnerinnen und Dresden nutzen im Alltag ausschließlich den Pkw. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Viertel aller Treibhausgase in Dresden durch den Verkehr erzeugt werden.

Um die Emission des Verkehrs zu senken, benötigen wir einen höheren Anteil des Umweltverbandes bestehend aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Dazu brauchen wir deutlich mehr Investitionen in diesen Bereich. Bei jeder Planung von neuen Straßen oder Ausbau vorhandener muss dieser konsequent mitgedacht werden.

Der Umstieg auf Alternativen zum mobilisierten Individualverkehr muss von der Kommune Dresden so stark wie möglich vorangetrieben werden. Dazu gehören die Konzeption von innerstädtischen Fahrradschnellwegen mit Anschluss an das Dresdner Umland. Als erste Routen werden hier folgende Verbindungen vorgeschlagen:

- Freital - Plauen - Innenstadt - Albertplatz/Neustadt - Klotzsche - Weixdorf
- Radebeul - Pieschen - Bahnhof Neustadt - Marienbrücke - Könneritzstr. - Hauptbahnhof - ... - Prohlis
- Radeberg - Neustadt - Innenstadt - Hauptbahnhof
- Innenstadt - Straßburger Platz - Zwinglistraße - Bodenbacher Straße - Leuben - Großzschachwitz - Sporbitz - Heidenau - Pirna

Dabei ist neben einer großzügigen baulichen Umsetzung auf ein unterbrechungsfreies Fahren auf langen Strecken zu achten. Lichtsignalanlagen, Kreuzungen mit Fußgänger:innen u.ä. Geschwindigkeitshemmnisse sind zu vermeiden.

Abseits dieser Fahrrad-spezifischen Verkehrswege muss das Verkehrssteuerungskonzept der Stadt Dresden auf eine „grüne Welle fürs Rad" ausgerichtet sein. Alle Kreuzungsbereiche zwischen Fahr-/Gehstreifen unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer:innen müssen auf die Vermeidung von Unfallgefahren hin überprüft werden. Durchdachte Spurführungen müssen zur Unfallprävention beitragen. Ein aktuelles Beispiel für gescheiterte Verkehrswegeplanung ist derzeit der Kreuzungsbereich Bautzner Str./Glacisstr: Hier enden Fahrradspuren blind und zwingen zu risikoreichen Spurwechseln an einer ohnehin schon wenig übersichtlichen Stelle. Zudem muss der Winterdienst obligatorisch Fahrradwege als Fahrspuren räumen.

Wir brauchen aber nicht nur Platz für fahrende Räder, sondern auch für parkende. Deswegen muss in Dresden eine Initiative für mehr Fahrradparkplätze gestartet werden, die das Aufstellen von mehr Radbügeln, die Schaffung sicherer Stellflächen in Stadtteilzentren und an wichtigen Nahverkehrsknoten wie abschließbare Fahrradboxen und ein Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof und Bahnhof Neustadt beinhaltet. Die Umwidmung von Autoparkplätzen muss überprüft werden.

Wir setzen uns auch für eine Verkehrsberuhigung innerhalb von Dresdens Stadtbezirken ein: in Wohngebieten und Nebenstraßen soll generell Tempo 30 gelten. Innerhalb sehr stark verdichteter Quartiere, wie z.B. der äußeren Neustadt und der Radeberger Vorstadt, sollen autofreie Zonen eingerichtet werden, wobei die Anlieferung für Geschäfte und Unternehmen gewährleistet bleiben soll.

Der Öffentliche Nahverkehr spielt eine wichtige Rolle in einer Großstadt wie Dresden. Wir wollen, dass mehr Menschen den ÖPNV verwenden. Dazu muss dieser attraktiver und flexibler werden; es braucht mehr Haltestellen, einen höheren Takt und mehr Linien. Darüber hinaus ist es wichtig, für eine bessere Erreichbarkeit der Haltestellen zu sorgen. Besonders in verdichteten Quartieren ist es häufig schwierig, Stadtbezirksverbindende ÖPNV-Linien zu erreichen. Dafür sollen einerseits mehr Quartierslinien nach dem Vorbild der Linie 73 eingeführt werden. Andererseits können Haltestellen-gebundene Leihradkonzepte, betrieben von der DVB oder einem Partnerunternehmen, die Erreichbarkeit erhöhen und damit den ÖPNV attraktiver gestalten.

Mit einem günstigen und flexiblen Ticketangebot kann die Attraktivität des ÖPNV erhöht werden und mehr Menschen zum Umstieg in Bus und Bahn bewegt werden. Ähnlich zu Leipzig sollte die Einführung einer Art Bahn-Card überprüft werden. Damit können Tickets gegen einen monatlichen Grundbetrag zum reduzierten Preis erworben werden.

Die verschiedenen Mobilitätsangebote sollen weiter verknüpft werden und gebündelt werden. Dazu soll die DVB als zentraler Mobilitätsanbieter ausgebaut werden. Eine Reiseplanung und Bezahlung der Tickets soll dabei aus einer Hand möglich sein. Im Zuge dieses Mobilitätskonzept wäre auch die Einführung einer „Monatskarte XL" denkbar, mit die komplette Nutzung des ÖPNV, der Leihräder, Taxis und von Carsharing ohne zusätzliche Kosten möglich ist.

Fast 100.000 Menschen pendeln täglich nach Dresden zum Arbeiten. Mit einer besseren Anbindung an das Umland durch mehr S-Bahnlinien und einer besseren Vertaktung mit den Nahverkehr der Stadt, können mehr Fahrten ohne das Auto erfolgen. Zusätzliche P+R-Parkplätze sollten angelegt werden. Eine Erweiterung der Anbindung an den Fernverkehr der Deutschen Bahn soll angestrebt werden.

Die Busflotte der DVB muss auf neue und emissionsarme Antriebe umgestellt werden. Dazu sollen neue emissionsarme Antriebe getestet werden. Auch der Bau neuer Straßenbahnlinien als Ersatz von hoch frequentierten Buslinien, wie der 61 und 62, kann zu einem umweltfreundlichen ÖPNV beitragen. Bei der Weiterentwicklung soll die exzellente wissenschaftliche Expertise in Dresden ansässiger Forschungseinrichtungen integriert und die Zusammenarbeit intensiviert werden.

Information & Aufklärung über den Klimaschutz

Die Stadt Dresden wird verpflichtet, jährlich transparent über die aktuellen Entwicklungen den Klimaschutz betreffend Bericht zu erstatten. In diesem Bericht müssen quantitative Messgrößen, wie beispielsweise abgerufene Fördersummen, Investitionskosten und Energieeffizienzschätzungen einzelner Projekte, ebenso einbezogen werden wie die Vorstellung aktueller Projekte und Konzeptionen.

Mit einem neu einzuführenden „Klimaunterricht" in Kita und Projektveranstaltungen in Schulen sollen
135 die Kinder für den Klimaschutz sensibilisiert werden und ein ressourcenschonende und klimafreundliche Lebensweise vermittelt werden.

12 Gemeinsam besser Wohnen

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen an den Landesparteitag der SPD Sachsen sowie über den Parteitag des SPD-Unterbezirks Dresden an die SPD-Fraktion im Dresdner Stadrat weiterleiten:

Die Wohnungsnot in den Großständen ist vorhanden und wird noch weiter zu nehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass der innerstädtische Wohnungsbau stärker auf das gemeinsame Wohnen fokussiert wird.

Die Antwort profitorientierter Wohnungsunternehmen auf Wohnungsmangel sind in der Regel kleine und kleinste Wohnungen bis hin zum Micro-Appartment. Warum? Die Gewinnmargen sind höher. Außerdem werden sicher Mieter:innen auf Grund des unpersönlichen Wohnens weniger organisieren. Dabei liegen die Nachteile auf der Hand: Verschwendete Wohnfläche in Form von vielfach installierten Kleinstküchen-/bädern und die Vereinsamung der Bewohner:innen. Anstatt funktionale Räume gemeinsam zu nutzen und frei werdende Flächen für gemeinschaftliche, wohnliche Räume zu nutzen, werden die Mieter:innen in immer kleineren Zellen voneinander separiert.

Warum sollten Wohngemeinschaften nicht auch nach Ausbildung und Studium eine sinnvolle Alternative zum angespannten Wohnungsmarkt sein? Bedarf und Interesse an Senior:innen- oder Berufstätigen-WGs steigen. Das Angebot jedoch nicht.

Über Bebauungspläne und den Neu- bzw. Umbau durch kommunale Wohnungsgesellschaften sowie Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene greifen wir in diese Fehlentwicklung ein, um künftig größere, clusterfähige Wohnungen für Familien und Wohngemeinschaften stärker in den Fokus zu nehmen. Förderung & Ausbau von Klein- und Kleinstwohnungen lehnen wir jedoch ab.

13 Die Zukunft der SPD-internen Abstimmungen: Wir müssen mehr Zugriffsschutz wagen.

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und direkt an den Landesgeschäftsführer der SPD Sachsen und den Bundesgeschäftsführer der Bundes-SPD weiterleiten. Im Weiteren soll der Antrag an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, den Bundeskongress der Jusos und die Mitgliedervollversammlung des SPD-Unterbezirkes Dresden mit dem Ziel der Überweisung an den Landes-Bundesparteitag weitergeleitet werden:

Demokratie lebt von Beteiligung. Für die Partei, die wie keine andere für die Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche kämpft, ist es eine Selbstverständlichkeit auch und gerade intern wichtige Entscheidungen unter Einbeziehung aller zu treffen. Das Angebot digitaler Möglichkeiten bei parteiinternen Entscheidungen ist somit ein im Grundsatz richtiger, zumindest aber sehr nachvollziehbarer Schritt.

Leider haben wir dabei in der jüngeren Vergangenheit wichtige demokratische Grundprinzipien nicht beachtet und grundlegende Prinzipien der IT-Sicherheit nicht verstanden bzw. grob missachtet. Besonders bitter ist dabei, dass die vordringlichste Motivation die Kosteneinsparung ist. Die SPD darf demokratische Entscheidungsfindung nicht durch Sparzwänge gefährden. Demokratie ist keine Geldfrage. Lasst uns die Teilhabe ermöglichen, die unsere Partei braucht und die Mitglieder verdienen!

Konkret beziehen wir uns auf die Wahl zum Bundesvorsitzenden-Duo sowie die Abstimmung über den sächsischen Koalitionsvertrag:

Elektronische Wahlen

Für die Abstimmung über die künftige Parteispitze der SPD müssen die Wahlgrundsätze der Budesrepublik Grundlage sein. Eine solche Abstimmung muss also allgemein, frei, gleich, unmittelbar und geheim sein. Darüber hinaus muss das eingesetzte Verfahren für jede und jeden offensichtlich nachvollziehbar sein.

Ein digitales Verfahren führt dabei immer eine Verletzung des Wahlgeheimnisses oder der Unmittelbarkeit der Wahl. Entweder kann nicht nachvollzogen werden, dass meine Stimme am Ende unmittelbar und richtig abgegeben sowie gewertet wurde oder wenn dies überprüft werden könnte, wäre das Wahlgeheimnis verletzt. Das Problem liegt schlicht und ergreifend darin, dass niemand von uns in der Lage ist den Elektronenstrom in einem Transistor mit den eigenen Sinnen direkt nachzuvollziehen. Bei einer Urne mit Papierwahlzetteln geht das eben schon. Denn auch wenn tausende Tests mit dem Verfahren zu einem konsistenten Ergebnis führen, ist eben nicht klar, dass es beim tausend und ersten Mal wieder so ist oder letztlich gar eine Manipulation für den Testbetrieb vorlag.

Wenn das Bundesverfassungsgericht und der Chaos Computer Club sich bei einer digitalpolitischen Angelegenheit einig sind, ist davon auszugehen, dass sie Recht haben.

Daraus ergibt sich im Besonderen folgende Schlussfolgerung:
Wir erkennen an, dass es niemals eine Möglichkeit geben wird, Wahlen ausschließlich unter Einsatz digitaler Hilfsmittel unter Wahrung der Wahlgrundsätze nach Artikel 38 des Grundgesetzes durchzuführen. Dies betrifft sowohl Onlineverfahren als auch Abstimmgeräte auf Parteitagen. Es muss mindestens eine Absicherung des Verfahrens über eine für Laien einfach und offensichtlich nachvollziehbare erfolgen.
Wir fordern, dass alle Wahlen sowie damit verbundene Meinungsbildung entweder per Urnen- oder Briefwahl abgesichert werden.

Abstimmung über politische Sachverhalte

Wir halten es für richtig und gut, die Mitgliedschaft stärker einzubinden und in die Pflicht zu nehmen an den Entscheidungen des sächsischen Landesverbandes mitzuwirken. Dafür bilden digitale Meinungsfindungs- und Abstimmungsverfahren eine akzeptable Grundlage, wenn diese im informationstechnischen Sinne sicher sind.

Die Nachvollziehbarkeit kann hierbei jedoch durch eine öffentliche – für alle einsehbare – Aufzeichnung des individuellen Abstimmungsverhaltens sichergestellt werden. Prinzipiell wäre es also möglich Kaderlisten auf Basis von erwünschtem oder unerwünschtem Abstimmungsverhalten zu erstellen. Diesem Risiko muss bewusst begegnet werden. Eine zeitlich begrenzte öffentlich Verfügbarkeit der Daten schränkt die Auswertung zumindest etwas ein.

Elektronische Systeme, die es ermöglichen müssen insbesondere folgende Schutzziele der Informationssicherheit erfüllen: Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität. Das heißt mindestens – und es ist ein Armutszeugnis, dass wir so etwas beschließen müssen:

- kein Einsatz unverschlüsselter Kommunikation,
- Sicherstellung der richtigen Empfänger:innen (keine Verwendung unüberprüften Mail-Adreesen),
- verpflichtende Mehr-Faktor-Authentifizierung auf Empfänger:innen-Seite,
- Überprüfparkeit des eigenen Abstimmungsverhaltens durch Veröffentlichung namentlicher Abstimmungslisten,

Bis eine vollständige, überprüfbare informationstechnisch sichere elektronische Lösung nicht einsatzbereit ist, sollten wir darauf jedoch dringend verzichten.

Darüber hinaus regen wir an Möglichkeiten der Liquid Democracy, das heißt der themenspezifischen Stimmrechtsübertragung, stärker zur Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Begründung

Der Antragstext enthält vor allem die grundsätzlichen Überlegungen für oder gegen elektronisch unterstützte Abstimmungsssyteme. Die Begründung soll insbesondere dazu dienen, die teils groben technischen

Schnitzer für die Wahl der Bundesvorsitzenden bzw. der Abstimmmung über den Koalitionsvertrag hervorzuheben und damit den dringenden innerparteilichen Handlungsbedarf darzustellen.

Bei der Bundesvorsitzendenwahl wurde ein Opt-In-Verfahren benutzt, dass alle Abstimmungsberechtigten hatten die Möglichkeit durch eigenes Handeln statt an einer Briefwahl an einer digitalen Abstimmung teilzunehmen. Daraufhin wurden jedoch unverschlüsselte Mails an nicht überprüfte Mail-Adressen mit den jeweiligen Zugangsberechtigungen zur Abstimmungen versendet. In Kombination mit Mitgliedsnummer und Geburtsdatum konnten daraus die Abstimmungstokens generiert werden. Durch gezieltes Phishing, bereits kompromittierte IT-Sysmte auf Mitgliederseite oder schlichtweg gemeinsam genutzte Mail-Adressen, sind eine Reihe von Angriffsvektoren geöffnet worden.

Bei der Abstimmung über den Koalitionsvertrag sind die Zugangsberechtigungen darüber hinaus sogar über eine Serienbrieffunktion versendet worden, die es ermöglicht hat, die Zugangsberechtigungen aller Mitglieder außerhalb ihres Mailpostfachs über eine unverschlüsselte HTTP-Verbindung ohne SSL abzurufen. Die einzige „Sicherheit“ war eine bis zu 8 Stellen umfassende individuelle ID aus Großbuchstaben und Ziffern. Eine Größenordnung, die man durchaus mit einfachen Bruteforce-Methoden erreichen kann. Darüber hinaus gab es hier nur die Optout-Möglichkeit, das heißt alle abstimmungsberechtigten Mitglieder konnten dem Online-Verfahren lediglich widersprechen.

14 Ende des MusiklehrerInnenprekariats – Honorarverträge untersagen, gute Bezahlung ermöglichen

Die Jusos Dresden mögen beschließen und über die LDK der Jusos Sachsen an den den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

Honorarverträge zwischen MusiklehrerInnen und Musikschulen bei Lehre von Klienten, sind zu unterbinden, sofern die MusiklehrerInnen mehr als einmal die jeweiligen Personen unterrichten. Bisherige Arbeitverhältnisse zwischen diesen drei Parteien sind in ein reguläres Teilzeit- oder Vollzeitmodell zu überführen und der Mittelaufwand für den Unterricht ist den MusiklehrerInnen zu erstatten. Die SPD Sachsen mögen dafür geeignete gesetzliche Regelungen finden.

15 Don't stop believing

Die Jusos Dresden mögen beschließen und an die Jusos Sachsen weiterleiten:

Im Anschluss an die Internationale soll zukünftig am Ende von Juso Veranstaltungen oder um Mitternacht „Don't stop believin'" von Journey angestimmt werden! Zusätzlich soll Kling Klang gespielt und gesungen werden.

16 Digital Monsters

Die Jusos Dresden beschließen: Jedes Juso-Mitglied, das beruflich oder anderweitig im informationstechnischen Bereich unterwegs ist, darf von nun an als Digimon bezeichnet werden.

Die Souveränität von Leipzig anerkennen - Leipzig ist die bessere Stadt (abgelehnt)

Die Jusos Dresden mögen beschließen und an die SPD Dresden weiterleiten:

Die Stadt Dresden möge die intellektuelle Vorherrschaft Leipzigs in Sachsen anerkennen. Weiter möge sich die Stadt Dresden dafür einsetzen, dass die Stadt Leipzig den Titel der Landeshauptstadt sowie den Sitz der Staatsregierung und des Landtags erhält.

Die Jusos Dresden verbannen das Wort „Halle-Süd" im Bezug auf die namentliche Nennung der Stadt Leipzig aus dem Vokabular!

Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.